

Mathias Rausch

Stärkung des Informationsanspruchs durch das arca-nigra-Verfahren

PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Im Zivilprozess spielen Informationsansprüche eine wichtige Rolle. Dennoch besteht für die Richtigkeit der Informationsgabe bisher keine Kontrollmöglichkeit. Nur die eidesstattliche Versicherung hält den Schuldner zur hinreichenden Informationsgabe an. Um eine wirkliche Kontrolle der Informationsgabe zu ermöglichen, bedarf es überschießender Informationen. Im Rahmen des vorgestellten arca-nigra-Verfahrens, einem speziellen in-camera-Verfahren, kann das Gericht sich diese Informationen beschaffen. Ermächtigungsgrundlage sind die §§ 142, 144 ZPO n.F. Der so geschaffene Kontrollmechanismus kann für eine Steigerung des Geheimnisschutzes genutzt werden. Hierfür ist eine Anspruchsreduktion nötig: Das »Minus« im Anspruchsinhalt wird durch das »Plus« in der Kontrolle kompensiert.

Mathias Rausch, geboren 1973 in Hanau, studierte von 2003 bis 2007 Rechtswissenschaften an der Universität zu Köln. Im Anschluss absolvierte er dort den Weiterbildungsstudiengang »Wirtschaftsjurist« und erstellte diese Arbeit neben einer Tätigkeit im Institut für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht.

www.peterlang.de

Stärkung des Informationsanspruchs
durch das arca-nigra-Verfahren

Mathias Rausch

Stärkung des Informationsanspruchs durch das arca-nigra-Verfahren

Ein in-camera-Verfahren zur
Kontrolle der Informationsgabe



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2009

Umschlaggestaltung:
Olaf Glöckler, Atelier Platen, Friedberg

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

D 88
ISBN 978-3-653-00151-8

© Peter Lang GmbH
Internationaler Verlag der Wissenschaften
Frankfurt am Main 2010
Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2009/10 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis zum Sommer 2009 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt Frau *Prof. Dr. Anja Steinbeck* für das Betreuen des Promotionsvorhabens, die vielen hilfreichen Diskussionen, das jederzeit entgegengebrachte Interesse am Fortgang der Arbeit, die Geduld sowie die Freiheit bei der Fortentwicklung des Themas. Es war zudem viele Jahre lang eine Freude und Ehre zugleich, in ihrem Institut an der Universität zu Köln arbeiten zu dürfen.

Herrn *Prof. Dr. Hanns Prütting* danke ich für das schnelle Erstellen des Zweitgutachtens und für die konstruktive Kritik.

Größten Dank schulde ich meiner Frau *Suna Rausch* für die endlose Unterstützung und für die ebensolche Geduld.

Bonn, im Dezember 2009

Mathias Rausch

Inhaltsübersicht

§ 1	Einleitung	1
§ 2	Informationsansprüche im Überblick	11
§ 3	Erfüllung des Informationsanspruchs	59
§ 4	Kontrolle der Informationsgabe	69
§ 5	Geheimhaltung	91
§ 6	<i>in-camera</i> -Verfahren	117
§ 7	<i>arca-nigra</i> -Verfahren	141
§ 8	Geheimnisschutz	195
§ 9	Auswirkungen auf die Erfüllung	205
§ 10	Ergebnis der Untersuchung	209

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	1
I. Grundlegendes	1
1. Materielles Recht	1
2. Im Prozess	2
3. Interessenlagen	2
II. Problemstellung	3
III. Ziel der Untersuchung	5
IV. Begriffe	6
V. Rechtsvergleichung	7
VI. Gang der Untersuchung	8
§ 2 Informationsansprüche im Überblick	11
I. Allgemeines	11
1. Informationsanspruch	11
2. Anspruchssysteme	12
3. Kenngrößen des Informationsanspruchs	13
II. Keine Informationsansprüche	14
1. Pflichten im Prozess	14
a) Wahrheitspflicht	14
b) Erklärungspflicht	15
c) Sekundäre Darlegungs- und Behauptungslast	16
d) Erklärung mit Nichtwissen	17
e) Prozessuale Aufklärungspflicht	17
f) Zusammenfassung	17
2. Vorlagepflicht aus §§ 421 ff ZPO	18
3. Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen	19
a) § 836 Abs. 3 ZPO	19

	b) § 840 ZPO	20
	4. §§ 142 ff ZPO n.F.	20
	5. Bewertung	21
III.	Schlichte Auskunftsansprüche	22
	1. Allgemeines	22
	2. Auskunftsanspruch aus § 249 BGB	23
	3. Auskunftsanspruch aus § 260 BGB	24
	4. Drittauskunftsansprüche	25
	5. Weitere Anspruchsgrundlagen	26
IV.	Ansprüche mit Belegvorlage	28
V.	Rechnungslegungsansprüche	29
	1. Gefährdung des Kindesvermögens	30
	2. Weitere Anspruchsgrundlagen	31
VI.	Anspruch auf Inventarerrichtung	32
VII.	Anspruch auf Vorlegung von Sachen	33
	1. Besichtigung einer Sache § 809 BGB	33
	2. Einsicht in Urkunden § 810 BGB	35
	3. Weitere Anspruchsgrundlagen	36
	4. Besichtigungsansprüche im hiesigen Kontext	37
VIII.	Anspruchssysteme	38
	1. Auskunftsansprüche nach § 666 BGB	38
	a) Benachrichtigungspflicht	39
	b) Auskunftspflicht	40
	c) Rechenschaftslegungspflicht	40
	d) Verweisungen in das Auftragsrecht	41
	2. Auskunftsanspruch aus § 242 BGB	41
	a) Dogmatische Verankerung	42
	aa) Geschäftsführung ohne Auftrag	42
	bb) Ergänzende Vertragsauslegung	42
	cc) Gewohnheitsrecht / Treu und Glauben	43
	dd) Stellungnahme	44
	b) Voraussetzungen des Anspruchs	44
	aa) Sonderrechtsbeziehung	45
	bb) Unverschuldete Unkenntnis	46
	cc) Zumutbarkeit	46
	c) Inhalt des Anspruchs aus § 242 BGB	47
	aa) Allgemeines	47
	bb) Vollständiger Entfall des Anspruchs	47

cc)	Streit um zeitliche Reichweite	48
aaa)	Entwicklung des Streits	48
bbb)	Wendepunkt <i>Windsor-Estate</i>	50
dd)	Anspruchssystem?	51
3.	Zugewinnausgleich	52
4.	Vormundschaftsrecht	54
a)	Vormund	54
b)	Gegenvormund	55
c)	Verweisungen in das Vormundschaftsrecht	56
5.	Weitere Anspruchsgrundlagen	56
6.	Zwischenergebnis und Ausblick	57
IX.	Zusammenfassung	57
§ 3	Erfüllung des Informationsanspruchs	59
I.	Freiwillige Erfüllung	59
II.	Gerichtliche Durchsetzung	60
1.	Stufenklage § 254 ZPO	60
2.	Vollstreckung des Informationsanspruchs	62
a)	Fiktion nach § 894 ZPO	62
b)	Vertretbare oder unvertretbare Handlung	62
aa)	Vertretbare Handlung	63
bb)	Unvertretbare Handlung	63
cc)	Stellungnahme	64
III.	Schlechterfüllung	64
1.	Totalverweigerung erfordert Durchsetzung	65
2.	Unrichtigkeit erfordert Kontrolle	65
IV.	Zusammenfassung	66
§ 4	Kontrolle der Informationsgabe	69
I.	Kontrollinteresse	69
II.	Eidesstattliche Versicherung	69
1.	Anspruchsgrundlagen für die Abgabe	70
a)	Allgemeine Regelungen	71
b)	Ausdrückliche Verweisungen	71
c)	Speziellere Regelungen	72
d)	Entsprechende Anwendung	72
2.	Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	74
a)	Freiwillige Abgabe vor und nach Klage	74

b)	Unfreiwillige Abgabe nach Klage	75
aa)	Vorherige Ergänzungsmöglichkeit	75
bb)	Vollstreckung	76
3.	Sanktionsmöglichkeiten	77
a)	Falsche Versicherung an Eides Statt	77
aa)	Voraussetzungen der Strafbarkeit	78
aaa)	Zulässigkeit	78
bbb)	Abgabe vor Behörde	79
ccc)	Unrichtigkeit der Versicherung	79
bb)	Rechtsfolge und Tätige Reue	79
b)	Fahrlässiges Handeln	80
c)	Prozessbetrug	81
d)	Schadenersatz	81
4.	Kritik an der eidesstattlichen Versicherung	81
a)	»Religiöse Wirkungen«	82
b)	Schwierigkeiten auf tatsächlicher Ebene	82
c)	Mangelnde strafrechtliche Verfolgung	83
d)	Kriminalisierung des Schuldners	83
e)	Mißbräuchliche Verwendung	84
f)	Nur mittelbarer Druck	85
g)	Stellungnahme	85
5.	Abweichende Regelungen	86
a)	§ 26 Abs. 7 UrhG und § 87c HGB	86
b)	§ 1379 Abs. 1 S. 3 und 4 BGB	87
c)	§ 1640 Abs. 3 BGB	87
d)	§ 2314 Absatz 1 S. 1 BGB	88
e)	Analoge Anwendung	88
III.	Stellungnahme	89
§ 5	Geheimhaltung	91
I.	Notwendigkeit der Geheimhaltung	91
1.	Tatsächliche Notwendigkeit der Exklusivität	91
2.	Gesetzlicher Schutz von Informationen	92
a)	Verfassungsrechtlich	92
b)	Einfachgesetzlich	93
c)	Ansprüche aus § 242 BGB	94
aa)	Gläubigerinteressen	94
bb)	Schuldnerinteressen	95

	3. Fortentwicklung	96
II.	Selbständiges Beweisverfahren	96
	1. Grundlagen	97
	2. Anordnung des selbständigen Beweisverfahrens	98
	3. Anordnungen innerhalb des Verfahrens	99
	a) In der eigenen Sphäre	99
	b) In der fremden Sphäre	99
	4. Anordnungen zur Geheimhaltung	101
	5. Zwischenergebnis	101
III.	Wirtschaftsprüfervorbehalt	102
	1. Allgemeines	102
	2. Der Wirtschaftsprüfer	103
	3. Anordnung des Wirtschaftsprüfervorbehalts	104
	4. Modifikation des Anspruchsinhalts	105
	a) Notwendige Beschränkung des Anspruchs	105
	aa) Perspektive des Schuldners	106
	bb) Perspektive des Gläubigers	106
	cc) Stellungnahme	107
	b) Modifikation oder Reduktion	107
	c) Beschränkung auf Kontrolltatsachen	108
	d) Beantwortung einer einfachen Frage	109
	e) Stellungnahme	110
	5. Kritik am Wirtschaftsprüfervorbehalt	110
	a) Rechtfertigung der Reduktion	110
	b) Bei selbständigen Informationsansprüchen	111
	c) Wirtschaftsprüfer als Sachverständiger	112
	6. Stellungnahme	114
	a) Anspruch <i>praeter legem</i>	114
	b) Vorbehalt der Tatsachen	114
IV.	Zusammenfassung	115
§ 6	<i>in-camera</i>-Verfahren	117
I.	Allgemeines	117
II.	Ausgestaltung	118
III.	Allgemein notwendige Anordnungen	119
	1. Ausschluss der Öffentlichkeit	119
	2. Abwesenheit des Gläubigers	121
	3. Abwesenheit des Anwalts	121

	a) Schweigepflicht / Vertrauensverhältnis	122
	b) Verschwiegenheit im Mandat	123
	c) Notwendige Kenntnis der Tatsachen	124
	d) Anschein der Befangenheit	124
	e) Stellungnahme	125
	4. Geheimhaltungsgebot	126
	5. Zusammenfassung	127
IV.	Materiellrechtliche Ausgestaltung	127
	1. Modifikation des Anspruchsinhalts	128
	a) Anspruchsausweitung	128
	b) Anspruchsreduktion	129
	c) Stellungnahme	130
	2. Schwärzen des Urteils	130
	3. Überprüfung des Verfahrens	131
	a) Allgemeines	131
	b) Inhalt des Urteils	132
	aa) Tatbestand	132
	bb) Entscheidungsgründe	132
	c) Justizgewährungsanspruch	133
	aa) Rechtsmittelweg	134
	bb) Waffengleichheit	134
	cc) Rechtmäßigkeit des Schwärzens	135
	d) Rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG	136
	e) Ausbleibender Rechtsfrieden / Rechtskraft	137
	4. Zwischenergebnis	139
V.	Zwischenergebnis	139
§ 7	arca-nigra-Verfahren	141
I.	Vorschlag	141
II.	<i>Black-Box</i> -Verfahren	143
	1. Begriffsdefinition	143
	2. Übertragung auf den Informationsanspruch	144
	a) Bisheriges Vorgehen	144
	b) Prinzip des <i>arca-nigra</i> -Verfahrens	144
	c) Anwendung auf alle Informationsansprüche	146
III.	Anordnungen	149
	1. Allgemeine Anordnungen	149
	2. Besondere Anordnungen	150

a)	Ermächtigungsgrundlage	150
b)	Voraussetzungen	152
aa)	Anregung der Anordnung	152
bb)	Adressat der Anordnung	153
cc)	Kein Herausgabe- oder Vorlageanspruch	154
dd)	Hinreichende Bezugnahme	155
ee)	Verhältnismäßigkeit	158
ff)	Zusammenfassung	159
c)	Anordnung nach § 144 ZPO	159
d)	Zusammenfassung	160
IV.	Zuständigkeit	161
1.	Erkennender Spruchkörper	161
2.	Ersuchter Richter	162
3.	Rechtspfleger	163
4.	Stellungnahme	163
V.	Kosten des <i>arca-nigra</i> -Verfahrens	163
VI.	Eidesstattliche Versicherung	164
1.	Besonderheiten nach dem <i>arca-nigra</i> -Verfahren	164
2.	Nichtkooperation im <i>arca-nigra</i> -Verfahren	165
VII.	Folgen für den Zivilprozess	166
1.	Aussetzen des Verfahrens nach § 149 ZPO	166
2.	Einfluss des Strafurteils	167
a)	Einführung über Urkundenbeweis	168
b)	Nach dem <i>arca-nigra</i> -Verfahren	169
c)	Auswirkungen auf die Erfüllung	169
d)	Ausbleibende strafrechtliche Verurteilung	170
VIII.	Ähnliche Verfahren	171
1.	Abgrenzung zum Wirtschaftsprüfervorbehalt	171
a)	Modifikation des Anspruchsinhalts	171
b)	Grundsatz der Unmittelbarkeit	172
2.	Folgerecht § 26 Abs. 7 UrhG	173
3.	Unterhaltsstreitigkeiten §§ 235, 236 FamFG	173
4.	Zusammenfassung	175
IX.	Einwände gegen das Verfahren	175
1.	Rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG	176
a)	Recht auf Äußerung / Recht auf Information	176
b)	Verfahrensstoff	177
c)	Stellungnahme	178

2.	Verletzung des Beibringungsgrundsatzes	178
3.	Anspruch auf Richtigkeit	180
4.	Verkürzung der richterlichen Aufgaben	181
5.	Waffengleichheit vor Gericht	182
	a) Bevorzugung des Gläubigers	182
	b) Bevorzugung des Schuldners	183
	c) Stellungnahme	183
6.	Fehlende Erzwingbarkeit	184
	a) Ermessensentscheidung des Gerichts	185
	b) Nichtbefolgen der Anordnung	186
	aa) Präklusion §§ 273, 296 ZPO	186
	bb) Beweisregeln §§ 371, 427, 446 ZPO	187
	cc) Würdigung § 286 ZPO	188
	dd) Stellungnahme	189
7.	Problem der Rechtsmittelgewähr	189
8.	Prozessuale Aufklärungspflicht	190
X.	Zusammenfassung	190
§ 8	Geheimnisschutz	195
I.	Geheimnisschutz durch Reduktion	195
	1. Reduktion durch den Gesetzgeber	197
	2. Reduktion über § 242 BGB	198
	3. Zusammenfassung	198
II.	Anordnung des <i>arca-nigra</i> -Verfahrens	198
	1. Problemstellung	199
	2. ZPO und GVG	199
	3. Entsprechend § 247 StPO	199
	a) Abwesenheit im Strafprozess	199
	b) Anwesenheit im Zivilprozess	201
	4. Umsetzung der Enforcement-Richtlinie	201
	5. Stellungnahme	202
III.	Zusammenfassung	202
§ 9	Auswirkungen auf die Erfüllung	205
I.	Durchsetzung und Kontrolle	205
II.	Verneinen der Erfüllung	206
III.	Zwingende Mitwirkung des Gerichts	207
IV.	Stellungnahme	207

§ 10 Ergebnis der Untersuchung	209
I. Informationsansprüche im Überblick	209
II. Erfüllung des Informationsanspruchs	209
III. Kontrolle der Informationsgabe	210
IV. Geheimhaltung	210
V. <i>in-camera</i> -Verfahren	211
VI. <i>arca-nigra</i> -Verfahren	211
VII. Geheimnisschutz	212
VIII. Auswirkungen auf die Erfüllung	212

Abbildungsverzeichnis

7.1	Schematische Darstellung des <i>arca-nigra</i> -Verfahrens . . .	192
7.2	Anspruchsinhalt je nach Verfahren	193

Literaturverzeichnis

- Ahrens, Hans-Jürgen:** Wettbewerbsverfahrensrecht. Zum vorbeugenden Rechtsschutz durch einstweiligen Rechtsschutz. Köln, 1983 (zitiert: *Ahrens*, Wettbewerbsverfahrensrecht).
- Ahrens, Hans-Jürgen:** Gesetzgebungsvorschlag zur Beweisermittlung bei Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums, GRUR, 2005, 837–840.
- Auwera, Verena van der:** Die Rechte des Pflichtteilsberechtigten im Rahmen seines Auskunftsanspruchs nach § 2314 BGB, ZEV, 2008, 359–364.
- Bäcker, Kerstin:** Starkes Recht und schwache Durchsetzung. Das Dilemma des Auskunftsanspruchs und der Rechtsdurchsetzung im Internetzeitalter, ZUM, 2008, 391–396.
- Bamberger, Heinz-Georg/Roth, Herbert (Hrsg.):** Beck'scher Online-Kommentar zum BGB, München, 01.09.2007 (zitiert: *Be-arbeiter* in: Bamberger/Roth, BGB-Kommentar).
- Banzhaf, Volker:** Der Auskunftsanspruch im gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, Heidelberg, 1989 (zugl. Diss., Heidelberg, 1990) (zitiert: *Banzhaf*, Auskunftsanspruch).
- Bartsch, Herbert:** Sind der Auskunft über den tatsächlichen Nachlass nach § 2314 Abs. 1 BGB Belege beizufügen?, ZEV, 2004, 176–180.
- Baumbach, Adolf/Hopt, Klaus J./Merkt, Hanno:** Handelsgesetzbuch mit GmbH + Co., Handelsklauseln, Bank- und Bör-

senrecht, Transportrecht (ohne Seerecht), 33. Auflage, München, 2008 (zitiert: *Bearbeiter* in: Baumbach/Hopt/Merkt, HGB-Kommentar).

Baumbach, Adolf et al. (Begr.): Zivilprozessordnung: ZPO mit Gerichtsverfassungsgesetz und anderen Nebengesetzen. Kommentar, 67. Auflage, München, 2009 (zitiert: *Bearbeiter* in: Baumbach, ZPO-Kommentar).

Bernreuther, Friedrich: Zur Auslegung und Inhaltskontrolle von Vertragsstrafenvereinbarungen - Anmerkungen zu BGH, GRUR 2001, 578, GRUR, 2003, 114–119.

Bethge, Herbert: Die verfassungsrechtliche Problematik einer Zulassungsberufung im Zivilprozeß - Einige kritische Anmerkungen zum Entwurf eines Rechtspflege-Entlastungsgesetzes, NJW, 1991, 2391–2399.

Beyerlein, Thorsten: Gaby ./ Nicola - Keine zeitliche Begrenzung von Schadensersatz- und Auskunftsanspruch durch die vom Gläubiger nachgewiesene erste Verletzungshandlung, WRP, 2007, 1310–1312.

Binder, Jens-Hinrich: Pflichten zur Offenlegung elektronisch gespeicherter Informationen im deutschen Zivilprozess am Beispiel der Unternehmensdokumentation, ZZP, 2009, 187–225.

Bittner, Claudia/Löwisch, Manfred/Otto, Hansjörg (Bearb.): J. v. Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch – Buch II: Recht der Schuldverhältnisse §§ 255 - 304 (Leistungsstörungenrecht I), Berlin, 2004 (zitiert: *Bearbeiter* in: Staudinger, BGB-Kommentar).

Bork, Reinhard: Effiziente Beweissicherung für den Urheberrechtsverletzungsprozeß - dargestellt am Beispiel raubkopierter Computerprogramme, NJW, 1997, 1665–1672.

Bornkamm, Joachim: Der Schutz vertraulicher Informationen im Gesetz zur Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums – In-camera-Verfahren im Zivilprozess?, Hans-Jürgen Ahrens/Joachim Bornkamm/Hans Peter Kunz-Hallstein (Hrsg.):

Festschrift für Eike Ullmann, Saarbrücken, 2006, 893–912 (zitiert: *Bornkamm*, in: FS für Ullmann).

Brändel, Oliver C.: Die Problematik eines Anspruchs auf ergänzende Rechnungslegung bei Schutzrechtsverletzungen, GRUR, 1985, 616–620.

Brandi-Dohrn, Mathias: Wer hat die eidesstattliche Versicherung auf die Richtigkeit einer Auskunft zu leisten?, GRUR, 1999, 131–132.

Braun, Johann: Verletzung des Rechts auf Gehör und Urteilskorrektur im Zivilprozeß, NJW, 1981, 425–428.

Büttner, Helmut: Durchsetzung von Auskunfts- und Rechnungslegungstiteln, FamRZ, 1992, 629–633.

Cramer, Steffen: Falsche Versicherung an Eides Statt durch Verschweigen entscheidungserheblicher Tatsachen, JURA, 1998, 337–341.

Czychowski, Christian: Das Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des Geistigen Eigentums - Teil II: Änderungen im Urheberrecht, GRUR-RR, 2008, 265–268.

Dietlein, Johannes/Burgi, Martin/Hellermann, Johannes: Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen, 2. Auflage, München, 2007 (zitiert: *Dietlein/Burgi/Hellermann*, ÖfR NRW).

Dilly, Torsten: 'Nicola' siegt über 'Gaby' - zum Umfang des akzessorischen Auskunftsanspruchs nach § 242 BGB, WRP, 2007, 1313–1316.

Dörr, Claus/Hansen, Britta: Die Entwicklung des Familienrechts seit Mitte 2001 - Güterrecht und Versorgungsausgleich, NJW, 2002, 3140–3149.

Dörre, Tanja/Maaßen, Stefan: Das Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums - Teil I: Änderungen im Patent-, Gebrauchsmuster-, Marken- und Geschmacksmusterrecht, GRUR-RR, 2008, 217–222.

- Dreier, Thomas:** TRIPS und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums, GRURInt, 1996, 205–218.
- Eichmann, Helmut:** Die Durchsetzung des Anspruchs auf Drittauskunft, GRUR, 1990, 575–591.
- Els, Hans van:** Das ZPO-Reformgesetz, FF, 2002, 4–8.
- Epping, Volker:** Grundrechte, 3. Auflage, Berlin, Heidelberg, 2007 (zitiert: *Epping*, Grundrechte).
- Everts, Arne:** Sicherung anwaltlicher Honorarforderungen durch Arrest?, NJW, 2002, 3136–3139.
- Fezer, Karl-Heinz:** Markenrecht, 4. Auflage, München, 2009 (zitiert: *Fezer*, MarkenR).
- Fischer, Thomas:** Strafgesetzbuch (StGB) und Nebengesetze, 56. Auflage, München, 2009 (zitiert: *Fischer*, StGB-Kommentar).
- Frank, Christian/Wiegand, Nicolai:** Der Besichtigungsanspruch im Urheberrecht de lege ferenda, CR, 2007, 481–487.
- Gaul, Dieter:** Der erfolgreiche Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, Neuwied, Kriftel, Berlin, 1994 (zitiert: *Gaul*, Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen).
- Geck, Reinhard:** Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer, DNotZ, 2008, 347–364.
- Germelmann, Claas-Hinrich et al. (Hrsg.):** Arbeitsgerichtsgesetz. Kommentar, 6. Auflage, München, 2008 (zitiert: *Bearbeiter* in: Germelmann/Matthes/Prütting/Müller-Glöge, ArbGG-Kommentar).
- Götting, Hans-Peter:** Die Entwicklung neuer Methoden der Beweisbeschaffung zur Bekämpfung von Schutzrechtsverletzungen - Die Anton-Piller-Order - Ein Modell für das deutsche Recht ?, GRURInt, 1988, 729–744.
- Greger, Reinhard:** Veränderungen und Entwicklungen des Beweisrechts im deutschen Zivilprozess, BRAK-Mitt. 2005, 150–155.